



GUTEN TAG

Matsch

Stille. Schnee. Süßigkeiten. Der Winter ist meine Lieblingsjahreszeit. Bis es mich kalt-nass erwischte. Als ich ins Auto einsteigen wollte. Matsch. Überall. An mir. An der Tür. Im Auto. Ein Verkehrsteilnehmer hatte mit Vollgas den Straßenmatsch durchquert. Danke. (geom)

ANZEIGE

Von führenden Weihnachtsmännern empfohlen: die SparkassenCard Plus erfüllt auch Ihren Weihnachtswunsch!

www.sparkasse-mittelsachsen.de

NACHRICHTEN

INVESTITION

Rathaus bekommt moderne Heizung

OEDERAN – Die Oederaner Stadträte haben beschlossen, in einem leerstehenden Gebäude in der Schulgasse für insgesamt 1,5 Millionen Euro eine moderne Nahwärmeinsel einzurichten. „Wir haben für dieses Großprojekt bereits 800.000 Euro finanzielle Unterstützung aus einem besonderen Programm des Bundes bekommen“, sagte Bürgermeister Stefan Schneider (Freie Wähler). Das sei ein großer Erfolg, denn der Bund habe insgesamt nur 6 Millionen Euro für das Programm bereitgestellt. „Dass wir so viel Geld davon bekommen, zeigt uns, dass unser Projekt gut ist“, sagte Schneider. Die Stadt hat sich zudem um weitere Fördergelder aus anderen Programmen beworben, um die Nahwärmeinsel bauen zu können. Die Insel ist eine neuartige Heizungsanlage, mit der das Rathaus künftig energieeffizient beheizt werden soll. Das Haus Schulgasse 4 soll parallel zum Einbau der Heizanlage denkmalrechtgerecht saniert werden. (fpe)

KOMMUNALPOLITIK

Absage an neue Brückennamen

FLÖHA – Der Technische Ausschuss des Flöhaer Stadtrates hat es in seiner jüngsten Sitzung abgelehnt, den Brücken der Stadt neue beziehungsweise andere Namen zu geben. „Der Ausschuss legte keine Änderungen der jetzigen Brückennamen und keine neuen fest“, heißt es lapidar im Protokoll der Sitzung. Die beiden Förderschulen der Stadt hatten während ihrer Herbstwanderung Namensvorschläge gesammelt. Ergebnisse waren unter anderem „Zscho-paubrücke“ für die B-180-Brücke in Plaue sowie „Kreyssigbrücke“ und „Vierlampenbrücke“ für die Fußgängerbrücke nach Gückelsberg. (jop)

Die nächste Sitzung des Technischen Ausschusses findet heute ab 19 Uhr im Rathaus statt. Eines der Themen ist der Landesentwicklungsplan.

Schlagabtausch im Schnee

Die Beteiligten des Eppendorfer Baumstreits haben sich getroffen – und keine Einigung erzielt. Nun werden sich wohl Gerichte mit dem Fall befassen müssen.

VON JOHANNES PÖHLANDT

EPPENDORF – Eine Schneeballschlacht blieb aus. Und auch die Plastehüllen, an denen sich der Streit entzündet hatte, wurden nicht als Wurfgeschosse verwendet. Gewundert hätte es den Beobachter indes nicht. Denn der Ortstermin, zu dem die Beteiligten des Eppendorfer Baumstreits gestern zusammenkamen, hat nicht zu einer Annäherung geführt. Im Gegenteil – die Fronten sind nun noch verhärteter als zuvor. Am Ende herrschte nur Einigkeit darin, dass man sich nicht einig ist.

Es war eine unerwartet große Gruppe, die die Erlen- und Weidenetzlinge im Eppendorfer Ortsteil Gersberg begutachtete: Zwei Mitarbeiter der Sächsischen Landsiedlung (SLS), die die Industriebranche mit der Pflanzaktion renaturieren will, forderten Rechenschaft von Tino Günther. Der FDP-Landtagsabgeordnete aus Seiffen hatte im Sommer Plastehüllen von den Bäumchen entfernt, weil einige Gewächse seiner Meinung nach wegen der Hitze unter den Hüllen eingegangen waren. Zur Unterstützung hatte der Politiker zwei Mitarbeiter sowie fünf Naturschützer mitgebracht.

„Es kann nicht sein, dass man fremdes Eigentum zerstört“, warf SLS-Geschäftsführer Franz-Josef Kunert Günther vor. „Selbstjustiz ist verboten!“ Günther, stellvertretender Vorsitzender der sächsischen FDP, kontierte: „Wo ist der Schaden?“ Die Hüllen seien noch intakt. SLS-Mitarbeiter Jörg Voss bestätigte, dass eine Fachfirma die ursprünglichen Plastehüllen wieder über die Bäume gestülpt habe. Laut Kunert hat dies



Franz-Josef Kunert von der Sächsischen Landsiedlung, Naturschützer Tobias Mehnert und FDP-Politiker Tino Günther (v. l.) haben unterschiedliche Ansichten zu den Plastehüllen – daran änderte der Ortstermin nichts. FOTO: TONI SÖLL

etwa 1000 Euro gekostet. Günther weigerte sich, die Kosten zu übernehmen. „Ich gebe Ihnen 14 Tage Zeit“, sagte daraufhin Kunert. „Sonst müssen wir uns wohl vor Gericht wiedersehen.“

Nicht nur auf der rechtlichen Ebene gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten. „Ich bezweifle, dass diese Renaturierung sinnvoll ist“, sagte Wolfgang Riether. Der Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz kritisierte, die Brachfläche sei auch von alleine zugewachsen. Und wenn schon Bäume gepflanzt würden, sei ein Verbißschutz, wie ihn die Plastehüllen darstellen, kontraproduktiv. „Das führt zu einem disproportionalen Wachstum.“ Voss widersprach: „Die Maßnahme wurde mit der Unteren Naturschutzbehörde und mit

dem Sachsenforst abgestimmt.“

Deutlich wurde, dass die Kritik der Naturschützer über den konkreten Fall hinausgeht: Die Landsiedlung setze Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur ineffektiv um. „Da macht jemand Renaturierung, der nichts davon versteht“, sagte Tobias Mehnert, Chef des Naturschutzverbands Sachsen. Da die SLS ein Unternehmen des Freistaates sei, störe sich aber keine Behörde daran. Kunert bestritt, dass die SLS von den Behörden im Vergleich mit anderen Renaturierungs-Anbietern bevorzugt behandelt werde.

Nach 45 Minuten hatten Kunert und Voss genug und stiegen in ihr Auto. Günther sieht einer eventuellen Auseinandersetzung vor Gericht gelassen entgegen: „Ich möchte, dass diese Sache ordentlich geklärt wird.“

Polizei ermittelt

Sowohl Eppendorfs Bürgermeister Helmut Schulze als auch sein Leubsdorfer Kollege Ralf Börner (beide CDU) haben FDP-Politiker Tino Günther wegen Sachbeschädigung angezeigt. Aus demselben Grund hat Börner zudem Anzeige gegen Naturschützer Tobias Mehnert erstattet.

Den Eingang der Anzeigen hat die Polizei bestätigt. „Die Ermittlungen laufen“, teilte Sprecherin Jana Kindt mit. Weitere Einzelheiten wollte sie nicht nennen. Günther und Mehnert sagten gestern, sie seien zu den Vorwürfen bisher weder angeschrieben noch befragt worden. Beide bestreiten, dass bei der Entfernung der Hüllen ein Schaden entstanden sei. (jop)

Kreiskrankenhaus verklagt Ex-Chefin

Schwere Vorwürfe gegen die geschasste Geschäftsführerin in Mittweida: Sie soll Zahlen frisiert und die Gremien getäuscht haben.

VON ANDY SCHARF

MITTWEIDA/FREIBERG – Die Finanzkrise des Mittweidaer Kreiskrankenhauses hat juristische Konsequenzen. Die Geschäftsführung will Strafanzeige gegen Ex-Klinikchefin Marlies Sedlaczek stellen und auf Schadenersatz klagen. „Es geht um eine sechs- bis siebenstellige Summe“, sagte Krankenhaus-Mana-

ger Jens Irmer gestern Abend während der Kreistagssitzung in Freiberg. Die Ex-Chefin ist seit ihrer Entlassung Mitte Juli nicht erreichbar.

Die erhobenen Vorwürfe gegen Sedlaczek klingen wie aus einem Wirtschaftskrimi. Laut Irmer hat die Klinik seit etwa zehn Jahren den laufenden Geschäftsbetrieb und Lohnzahlungen nur durch Kreditaufnahmen aufrechterhalten können. Hierbei dreht es sich um rund zwölf Millionen Euro.

Doch das scheint noch das geringere Übel zu sein. Als gravierender schätzt Irmer die getroffenen Entscheidungen in den vergangenen zwei Jahren ein. Der Vorwurf an Marlies Sedlaczek: Sie habe eine

Vielzahl von Verträgen und Investitionen in sechstelliger Höhe an den Aufsichtsgremien vorbei getroffen – dies ist laut Gesellschaftervertrag verboten. So seien 18 Arztpraxen, teilweise ohne erkennbaren Bedarf für die Patienten, gekauft worden. Die letzte im April, als die Finanzmiserie bereits bekannt und die Wirtschaftsprüfer im Haus waren. „Eingeleitete erwirtschaften noch immer Verluste von einigen hunderttausend Euro“, zeigte Jens Irmer auf. Das Schema sei stets das gleiche gewesen: Ein niedergelassener Arzt habe kurz vor der Rente seine Praxis überbetuert an das Krankenhaus verkauft. Anschließend gab es Probleme, Nachfolger zu finden.

Mittweidas Oberbürgermeister

Matthias Damm (CDU) sitzt im Gesellschafterausschuss der Klinik. Er findet klare Worte. „Die Kontrollgremien sind belogen worden. Verträge und Bilanzen wurden so abgeändert, dass das Bild stimmte“, betonte das Stadtoberhaupt.

Das Mittweidaer Kreiskrankenhaus plagen enorme Finanzsorgen. Während das Bilanzdefizit im vergangenen Jahr bei etwa 1,5 Millionen Euro lag, droht 2012 ein Verlust von voraussichtlich zwei Millionen Euro. „2013 wird es besser laufen. 2014 rechne ich mit schwarzen Zahlen“, sagte Geschäftsführer Irmer. Im Juni soll ein Standortkonzept stehen. Ob beide Häuser in Rochlitz und Frankenberg erhalten bleiben, ist ungewiss.

Bahnhöfe: Runder Tisch soll Probleme diskutieren

Behindertenpolitischer Sprecher fordert Zusammenarbeit

VON SANDRA HÄFNER

FLÖHA – Nachdem die „Freie Presse“ über die vor allem für behinderte Menschen sowie Eltern mit Kinderwagen unzumutbare Situation beim Umsteigen auf dem Bahnhof Flöha berichtet hat, reagierte der behindertenpolitische Sprecher des Kreisverbandes Erzgebirge von Bündnis 90/Die Grünen. Er fordert die Bildung eines Runden Tisches. „Notwendigerweise sollten sich die Deutsche Bahn, der Bund, das Land Sachsen und Kommunen an einen Runden Tisch setzen und mit Betroffenenverbänden nach Lösungen suchen. Denkbar ist zum Beispiel die Bildung eines gemeinsamen Härtefallfonds, der zunächst die dringenden Maßnahmen an Problem-Bahnhöfen absichert“, teilte Volker Haese der „Freien Presse“ mit.

Um Lösungen bemühen

Der Eibenstocker reagierte damit auf die Kritik eines Hohndorfers an den Zuständen am Bahnhof Flöha. Da dessen Vater im Rollstuhl sitzt und der Bahnhof nicht barrierefreundlich eingerichtet ist, konnte er dort nicht umsteigen und musste seine Reise abbrechen. Kritisiert worden war der Höhenunterschied von 25 Zentimetern zwischen Zug und Bahnsteig. „Im Wissen, dass alles in der Welt Geld kostet und der Bahnhof in Flöha nicht von heute auf morgen saniert und hin zu größerer Barrierefreiheit umgebaut werden kann, sollte man sich wenigstens um (Übergangs-)Lösungen bemühen. Die Bahn verweist zwar auf ihren Mobilitätsservice, dieser stößt wahrscheinlich unter den baulichen Missständen irgendwann ebenso an Grenzen“, sagt Haese.

Finanzielle Förderung prüfen

Der behindertenpolitische Sprecher geht davon aus, dass sich mittels eines Runden Tisches auch rechtliche Hürden leichter überwinden lassen. Zudem müssten die Möglichkeiten von Förderungen durch die Europäische Union geprüft werden. „Bahnhöfe sind oftmals Zeugen der Zeitgeschichte. Vielleicht bieten sich Finanzierungsmöglichkeiten über den Denkmalschutz. Projektbezogene Stiftungen sind weitere denkbare Alternativen“, nennt Volker Haese mögliche Lösungswege. Doch er kommt auch zu dem Schluss, dass behinderte Menschen noch immer auf große Schwierigkeiten im Alltag stoßen. „Der Geist der UN-Behindertenrechtskonvention ist noch nicht im Bewusstsein aller Verantwortungsträger angekommen und es bedarf noch viel Überzeugungsarbeit“, steht für den Erzgebirger fest.

ANZEIGE

Wichteltage Nur 3 Samstage!
am 1., 8. und 15. Dezember
von 9.00 - 18.00 Uhr

in der Drechslerei Kuhnert GmbH

Wichteltage = offene Werkstatt + Werkstattnäppchen + Kinderbasteln + Schauvorführungen u.a. Vorführungen Drechseln, Schnitzen + Miniweihnachtsmarkt mit kulinarischen Besonderheiten uvm.

08237 Steinberg
OT Rothenkirchen
Neue Wildenauer Straße 2
Telefon: 03 74 62 / 63 63 14
Öffnungszeiten Dezember:
Mo-Fr 9.00 - 19.00 Uhr
Sa 9.00 - 16.00 Uhr

www.kuhnert-gmbh.de